Vielfalt macht den Unterschied

BVVP • WÜRTTEMBERGISCHE STRASSE 31 • 10707 BERLIN

Pressemitteilung

Berlin, 06.02.2023

bvvp positioniert sich gegen ungeeignete Vorschläge zur Verbesserung der ambulanten Psychotherapie: Behandlungslänge muss sich nach individuellem Bedarf richten

Berlin, 06.02.2023. Der Bundesverband der Vertragspsychotherapeuten (bvvp) reagiert in seiner Positionierung auf Vorschläge von Ulrike Elsner, Vorstandsvorsitzende des Verbands der Ersatzkassen e.V. (vdek), zur Verbesserung der psychotherapeutischen Versorgung. Demnach sollten bei der Nachbesetzung von Praxen solche Therapieverfahren bevorzugt werden, die "schnellere Therapieerfolge" versprächen. Hier verweist der Kassenverband auf die relativ neu zugelassene Systemische Therapie. Der bvvp betont demgegenüber, dass alle Richtlinien-Therapieverfahren für alle in der Psychotherapie-Richtlinie definierten psychischen Störungen zugelassen seien.

Patientinnen und Patienten hätten nicht nur ein Recht auf eine freie Wahl ihres Psychotherapeuten oder ihrer -therapeutin, sondern auch auf eine individuelle Indikation des Behandlungsverfahrens, die zwischen Psychotherapeut*in und Patient*in konsentiert wird. "Ein Ausspielen der verschiedenen Psychotherapie-Verfahren gegeneinander ist unsinnig sowie wissenschaftlich nicht haltbar und wird von uns als integrativer Verband entschieden abgelehnt!", so Benedikt Waldherr, Vorsitzender der bvvp. Nicht umsonst habe das Bundessozialgericht in einem Urteil bestätigt, dass es einen Sonderbedarf rechtfertige, wenn in einer bestimmten Region ein bestimmtes Psychotherapieverfahren nicht angeboten werde, so Waldherr. Er ergänzt: "Es hilft auch niemandem, wenn die Versorgung der Menschen mit psychischen Störungen dadurch verbessert werden soll, dass man kürzer behandelt, denn die Behandlungslänge muss sich nach dem individuellen Bedarf richten. Und der hängt von einer Vielzahl unterschiedlicher Faktoren ab. Es darf in der ambulanten Psychotherapie keine Drehtüreffekte durch unzureichende Behandlungsumfänge geben, denn es schadet den Patient*innen und spart weder Geld noch Behandlungsressourcen, wenn sich nach Abschluss einer

zu kurz angesetzten Psychotherapie erweist, dass der Therapieerfolg nicht nachhaltig war."

Auch weitere Überlegungen von Ulrike Elsner werden vom bvvp kritisch gesehen. Dazu gehört, dass Psychotherapeut*innen die Hälfte ihrer durch Beendigung von Therapien freiwerdenden Behandlungskapazitäten an die Terminservicestellen (TSS) melden müssen und dass die Rolle der

VORSTAND

VORSITZENDER

Dipl.-Psych. Benedikt Waldherr Psychologischer Psychotherapeut

STELLV. VORSITZENDE

Dr. med. Bettina van Ackern Fachärztin für Allgemeinmedizin, Ärztliche Psychotherapeutin

STELLV. VORSITZENDE

Ariadne Sartorius, Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutin

Dr. med. Michael Brandt Tilo Silwedel Mathias Heinicke Dr. med. Gerhild Rausch-Riedel

Ulrike Böker Rainer Cebulla Martin Klett Dr. med. Reinhard Martens Dr. med. Lisa Störmann-Gaede Erika Schneider-Kertz

KONTAKT

bvvp Bundesgeschäftsstelle Württembergische Straße 31 10707 Berlin

Telefon 030 88725954 Telefax 030 88725953 bvvp@bvvp.de www.bvvp.de

BANKVERBINDUNG

Berliner Volksbank eG IBAN: DE69100900002525400002 BIC: BEVODEBB

Gläubiger-ID DE77ZZZ00000671763



Fernbehandlung in der psychotherapeutischen Versorgung gestärkt werden soll – insbesondere in ländlichen Gebieten.

Der bvvp stellt fest: Der hohe Versorgungsdruck ist vielen unterschiedlichen Faktoren geschuldet. Niederschwellige psychosoziale Angebote wurden systematisch kaputtgespart, es mangelt vielerorts an Psychiater*innen, und die Pandemie hatte zudem bei vielen Menschen, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen, negative Auswirkungen auf deren psychische Stabilität. Der erhöhte Bedarf hat aber auch mit der Entstigmatisierung psychischer Störungen zu tun, mit der Folge, dass diese früher erkannt werden. Leidvolle und teure Fehlbehandlungen können so eher vermieden werden und die Menschen kommen schneller in die richtige Behandlung. Gleichzeitig ist die psychotherapeutische Versorgung so gut wie in keinem anderen Land, und es gibt ausreichend Nachwuchs bei Psychologischen Psychotherapeut*innen und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*innen.

"Tatsächlich ist es notwendig, dass in den einzelnen Regionen differenziert überprüft wird, ob die Behandlungskapazitäten ausreichen. Dies gilt insbesondere für die Versorgung von Kindern und Jugendlichen mit psychischen Erkrankungen. Eine Verbesserung der Versorgung kann nicht durch den unverbindlichen Zugang über die TSS gelingen, über die verfügbare Termine schon jetzt teilweise nicht vergeben, oder diese, wenn es denn geschieht, oft nicht wahrgenommen werden", so Waldherr. Eine Verbesserung könne auch nicht durch mehr Videobehandlung gelingen. Diese schaffe keine neuen Behandlungskapazitäten und sei für viele Patient*innen und Krankheitsbilder ungeeignet. "Stattdessen müssen die Kassen gemeinsam mit den Verbänden Konzepte für die optimale Nutzung der Behandlungskapazitäten entwickeln, anstatt das alte und längst durch Studien klar widerlegte Vorurteil zu bemühen, dass zu lange behandelt werde", ergänzt der Vorsitzende. Das gelte auch für die jüngste Äußerung des Gesundheitsministers in seiner "Sprechstunde" vom 03.02.2023, die nur empören könne. "Karl Lauterbach behauptet darin, die Wartezeiten seien deshalb so lang, weil Therapie nach Richtlinie immer sehr lange dauere und dass eher nicht so schwere Fälle versorgt würden. Das ist eine Falschbehauptung", so der Bundesvorsitzende: "Gerade Patient*innen mit schweren psychischen Erkrankungen brauchen zudem oft lange Psychotherapie." Er betont: "Der bvvp steht bereit zum Gespräch mit Krankenkassen und Politik."

Der Bundesverband der Vertragspsychotherapeuten, bvvp, ist der Verband, der sich berufsgruppenund verfahrensübergreifend für die Interessen aller Vertragspsychotherapeut*innen einsetzt. In ihm haben sich über 5.800 Ärztliche Psychotherapeut*innen, Psychologische Psychotherapeut*innen sowie Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*innen aller anerkannten Richtlinienverfahren zusammengeschlossen.

Für den bvvp

Dipl.-Psych. Benedikt Waldherr, Vorsitzender des bvvp Dipl.-Psych. Ulrike Böker, Mitglied des Bundesvorstands

Anfragen und Interviewwünsche bitte an:

bvvp Bundespressestelle Anja Manz - Pressesprecherin Württembergische Straße 31 10707 Berlin

Tel. + *49 30 88 72 59 54 / Mobil + *49 177 6575445

E-Mail: presse@bvvp.de